

An die  
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

Mitglied des  
Geschäftsführenden  
Bundesvorstandes

Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin

Telefon: 030/24060-259/260  
Telefax: 030/24060-276

E-mail: [annelie.buntenbach@dgb.de](mailto:annelie.buntenbach@dgb.de)

bun/loz

Datum  
03.09.2012

## **Zukunft der Rente**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diskutiert zurzeit intensiv über die Zukunft der Alterssicherung in Deutschland. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßt dies ausdrücklich. Die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen am Wochenende vorgelegten Zahlen, nach denen künftig sogar Durchschnittsverdiener/innen Altersarmut droht, bestätigen unsere eigenen Berechnungen und Befürchtungen.

Frau von der Leyen hat deutlich gemacht, dass ein zentraler Grund für die drohende Altersarmut das sinkende Rentenniveau ist (von heute knapp 51 Prozent auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030). Wir sind in der Ursachenanalyse der gleichen Auffassung, jedoch der Überzeugung, dass dieses Problem weder durch die geplante Zuschussrente noch durch eine zusätzliche Privatvorsorge zu lösen ist.

Die Voraussetzungen der Zuschussrente sind viel zu hoch, um wirksam Altersarmut verringern zu können. Außerdem wird auch die Zuschussrente durch die Senkung des Rentenniveaus entwertet: Würde das Rentenniveau von 43 Prozent schon gelten, läge die Zuschussrente nicht bei 850 Euro, sondern nur bei ca. 730 Euro brutto – und damit netto in aller Regel unterhalb der Grundsicherung.

Deshalb ist es folgerichtig und nachhaltig, das Rentenniveau auch für die jungen Generationen auf dem heutigen Stand zu stabilisieren. Dies ist möglich, auch ohne die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zu überfordern.



Der DGB hat dazu ein Konzept für eine Demografie-Reserve vorgelegt. Danach muss der Beitragssatz in der Rentenversicherung nicht über 22 Prozent im Jahr 2030 steigen. Allerdings ist es notwendig, langsam und stetig eine Reserve aufzubauen. Dazu haben wir einen jährlichen Anstieg von jeweils 0,1 Prozent für Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgeschlagen. Wenn ausschließlich das heutige Rentenniveau bis zum Jahr 2030 sowie eine – zwingend notwendige – Verbesserung der Erwerbsminderungsrente finanziert werden würden, bliebe nach dem Konzept allerdings noch immer eine hohe Rücklage im Jahr 2030. Die Beitragstreppe könnte in einem solchen Fall also flacher und die Beiträge niedriger ausfallen.

Die Bildung einer Demografie-Reserve hat nicht das Ziel, hohe Beträge zu „horten“, sondern soll dazu genutzt werden, um zumindest die Stabilisierung des Rentenniveaus für die Zukunft zu finanzieren.

Das DGB-Konzept zeigt, dass die Begrenzung auf 22 Prozent im Jahr 2030 keineswegs eine Senkung des Rentenniveaus erzwingt oder rechtfertigt.

Wir sehen zwar noch weiteren Handlungsbedarf, zeigen aber mit diesem Konzept, dass die Sicherung des Rentenniveaus sehr wohl möglich ist, ohne dass junge Beitragszahler/innen überlastet werden. Die jährliche Mehrbelastung von Durchschnittsverdiener/innen für eine Sicherung des Rentenniveaus würde bei 2,60 Euro im Monat oder sogar noch darunter liegen.

Die Vorteile einer solchen Demografie-Reserve liegen auf der Hand: Wir können den Folgen der gesellschaftlichen Alterung effektiv begegnen, indem wir frühzeitig beginnen, eine solidarische Vorsorge aufzubauen, die Rente der Zukunft zu sichern und niemanden zu überfordern. Dabei zählt der Grundsatz: Je früher wir anfangen, desto größer die Spielräume für eine auskömmliche Alterssicherung der künftigen Generationen.

Wir möchten die anstehende Klausurtagung der Unionsfraktion deshalb auch zum Anlass nehmen, um Ihnen die schwerwiegenden Bedenken der Gewerkschaften hinsichtlich der geplanten Beitragssatzsenkung in aller Kürze zu begründen. Eine Absenkung des Beitragssatzes auf 19,0 Prozent hätte gravierende Auswirkungen für die Stabilität der künftigen Renten. Sie widerspricht auch den Bestrebungen, Altersarmut vermeiden zu wollen.

Nach den Berechnungen der Rentenversicherung würde die Nachhaltigkeitsrücklage – bei einer optimistischen Wirtschaftsentwicklung – in wenigen Jahren auf das Mindestmaß von ca. 0,2 Monatsausgaben (ca. fünf Milliarden Euro) schrumpfen. Dann wäre binnen eines Jahres eine Beitragssatzerhöhung von einem ganzen Prozentpunkt notwendig, nur um die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung nicht zu gefährden. In der Folge würde der Beitragssatz weiter bis auf knapp 22 Prozent (2030) steigen. Allerdings würden diese Beitragssatzerhöhungen lediglich dazu ausreichen, die gesetzliche Mindestrücklage zu gewährleisten. Bei anhaltenden konjunkturellen Schwächephasen müsste der Beitragssatz sogar deutlich stärker angehoben werden. Die künftigen Rentnergenerationen würden jedoch trotz höherer Beiträge nicht profitieren.

Wir halten eine Beitragssenkung deshalb für nicht nachhaltig und nicht generationengerecht. Der DGB plädiert deshalb für eine langfristig planbare Beitragssatzgestaltung, um den demografischen Herausforderungen entgegen zu wirken.

Der DGB begrüßt daher die Initiative aus den – auch unionsgeführten – Bundesländern für eine Demografie-Reserve. Das geplante „Beitragsgesetz 2013“ ist zwar nicht zustimmungspflichtig. Es deutet sich jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat an, mit der das Beitragsgesetz am Ende komplett gestoppt werden kann.

Diesen Weg favorisieren nach einer Forsa-Umfrage vom 22. August 2012 auch 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Unter Unionsanhängern sind sogar 82 Prozent für den Aufbau von Reserven. Selbst unter den FDP-Anhängern sind 62 Prozent gegen eine Beitragssatzsenkung. Diese Auffassung wurde am Wochenende auch durch eine weitere Emnid-Umfrage bestätigt.

Wir möchten Sie ebenso herzlich wie eindringlich bitten, sich für den Aufbau einer Demografie-Reserve in der Rentenversicherung stark zu machen und dies gegenüber Ihrem Koalitionspartner durchzusetzen. In einer Beitragssatzsenkung auf 19,0 Prozent stecken hohe Risiken, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu den kurzfristigen Entlastungen (7,80 Euro im Monat für Durchschnittsverdiener) stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Annelie Buntenbach